

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Saden & Comp., Nr. 1206

Organ für das werktätige Volk

Verkaufspreis: Geb. 10 Pf., Dresden
und Schönefelder Markt

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frangobrief mit den wöchentlichen Beilagen
Nach der Post und "Post und Zeit" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 10 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtsige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 294

Dresden, Sonnabend den 19. Dezember 1925

36. Jahrg.

Das Wirtschaftsprogramm der Reichstagsfraktion

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich in einer Anzahl Sitzungen mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage befaßt. Sie kam dabei zu folgendem Ergebnis:

Die Sozialdemokratie ist sich stets darüber im klaren gewesen, daß das Ende der Kriegs- und Inflationswirtschaft und die Einordnung Deutschlands in den weltwirtschaftlichen Güterausgleich von einer schweren Krise begleitet sein würden, und zwar von einer Krise, die man zu einem wesentlichen Teil als Reinigungs- und Rationalisierungskrise bezeichnen kann. Der Krieg und die Inflationsjahre hatten den Aufbau des deutschen Produktionsapparates gewaltig verschlechtert. Die Anlagen der Vorkriegszeit waren durch Abbruch verwüstet, die Neuanlagen zum Teil einseitig auf die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft zugeschnitten, zum andern Teil zeichnen sie sich durch sinnlose Anhäufung überflüssigen Kapitals aus. Die beispiellos niedrigen Löhne der Inflationsjahre hatten die Unternehmer allgemein von der Notwendigkeit einer starken Rationalisierung und sparsamer Betriebsorganisation befreit. Der unproduktive Apparat, besonders in den kaufmännischen Büros und den Kontobüros, war gewaltig angewachsen, und eine Unzahl lebensunfähiger, lediglich auf die Inflationsverhältnisse bedachter Unternehmungen war überflüssig neu aufgeschossen.

In Voraussetzung der unabweislichen Uebergangskrisis hatte die Sozialdemokratie schon Ende 1923 Vorschläge zur Erleichterung gemacht; diese Vorschläge fanden jedoch kein Gehör. Die Wirtschaftskrise in der Großindustrie und in der Großlandwirtschaft und die unter ihrem Einfluß stehende Rechtsregierung begangen einen Fehler nach dem andern, bis schließlich als Endresultat einer Kette von verkehrten Maßnahmen die gegenwärtige Lage mit ihrer äußersten Verschärfung der Kredit- und Absatzschwierigkeiten und ihrem unlagbaren Arbeitslosenstand entstanden ist.

Die auch bei weitestgehender Wirtschaftspolitik unabweisliche und unvermeidbare schwere Wirtschaftskrise ist durch

reaktionäre Kartell- und Zollpolitik, durch Sabotage der internationalen Arbeitsverträge, durch die Handelsvertragsverhandlungen, durch ein Durcheinander von Kreditverschwendungen und Kreditrestriktionen in der unheilvollsten Weise verschärft worden.

Die Arbeitslosenfrage ist in beängstigender Weise zunahm; ungefähre 1/4 Million beträgt gegenwärtig bereits das Heer der Erwerbslosen, und das Elend, das hinter dieser Kiffer der Arbeitslosigkeit steht, wird noch in unbeschreiblicher Weise dadurch verschärft, daß nur etwa die Hälfte der Erwerbslosen Unterstützung erhält, und daß zu den Vollerwerbslosen noch Hunderttausende von Kurzarbeitern kommen, die keinerlei Unterstützung erhalten, obwohl ihr Verdienst in vielen Fällen noch hinter den Gehalt der Erwerbslosenunterstützung zurückbleibt. Die Verhäufung der Wirtschaftspolitik die Verschärfung der Krise zu einem großen Teil zurückzuführen ist, steht auch den sozialen Auswirkungen der Krise hilflos gegenüber. Sie hat nichts getan, um das Elend der Arbeitslosen und Kurzarbeiter wirksam zu lindern. Selbst der Entwurf einer Arbeitslosenversicherung konnte trotz monatelanger Vorbereitung noch immer nicht vor den Reichstag gebracht werden, weil die reaktionären Kreise der Arbeitgeber sich dagegen wehren, daß die Arbeitslosen einen Rechtsanspruch auf Unterstützung erhalten.

Angeichts dieses vollständigen Versagens der bisherigen Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik ist es notwendig, die Aufgaben, die die gegenwärtige Wirtschaftskrise den verantwortlichen Leitern der Politik stellt, in ihren großen Zusammenhängen zu erkennen, Richtlinien für eine auf weite Sicht angelegte Wirtschaftspolitik aufzustellen und die als nötig erkannten Maßnahmen in umfassendster Weise und unter Einwirkung aller Kräfte durchzuführen.

Der oberste Gesichtspunkt bei einer solchen Wirtschaftspolitik muß darin bestehen, daß die

Notwendigkeit einer durchgreifenden Reinigung und Rationalisierung des Wirtschaftslebens anerkannt wird.

Die Ausschließung aller in der Inflation großgeachteten lebensunfähigen Wirtschaftsgebilde ist die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg. Diese Reinigung ist auch die Voraussetzung für eine Steigerung der Reallohnne und für eine gesunde Entwicklung der sozialen Lage. Dabei besteht zwischen der Entwicklung des Reallohnnes und der Ausschließung lebensunfähiger Betriebe eine höchst bedeutsame Wechselwirkung. Ebenso wie die Ausschließung der minderwertigen Betriebe die Voraussetzung für gesteigerte Ertragskraft der gesamten volkswirtschaftlichen Arbeitsleistung und damit für steigende Reallohnne bildet, so ergibt sich umgekehrt aus der Steigerung der Reallohnne immer wieder die Notwendigkeit, rückständige Betriebe und rückständige Wirtschaftsmethoden auszumeren und durch leistungsfähigere zu ersetzen.

Das oberste Ziel der Wirtschaftspolitik muß dabei sein, die fruchtbarsten Wirtschaftskräfte sich möglichst vollständig auswirken zu lassen. Wenn dies gelingt, so besteht durchaus

kein Anlaß, die künftige Wirtschaftsentwicklung pessimistisch anzusehen. Es ist sehr wohl möglich, daß die

gegenwärtige Krise letzten Endes zum Ausgangspunkt für ein Aufblühen des deutschen Wirtschaftslebens und eine allgemeine Erhebung der Lebenshaltung wird.

An dieser allgemeinen Grundlinie der Wirtschaftspolitik muß die Stellungnahme zu allen einzelnen Maßnahmen orientiert sein. Mit den Versuchen, rückständige Betriebe durch Hilfsaktionen kreditpolitischer oder handelspolitischer Art aufrechtzuerhalten, muß mit aller Entschiedenheit Schluss gemacht werden. Es ist daher der baldmöglichste völlige Abbau der schematischen Kreditkontingentierung und der Zuweisung von Sonderkrediten

zu erstreben und der Uebergang zur reinen Diskontpolitik als Regulator des Kredit- und Währungsweins einzusetzen.

Staatshilfe für notleidende Wirtschaftszweige kann nur dort in Frage kommen, wo es sich einwandfrei nur um die Abstellung eines vorübergehenden Notstandes handelt. Sie ist außerdem an die Bedingung zu knüpfen, daß der Staat einen angemessenen Einfluß auf die von ihm finanzierten Unternehmungen erhält.

Wenn die Diagnose der Krise als einer Reinigungs- und Rationalisierungskrise richtig ist, so dürfen die Kräfte zur Seilung nicht unterbunden werden. Staatliche Eingriffe zugunsten einzelner Wirtschaftszweige bedeuten innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft immer die Gefahr, daß sie nur den äußeren Anschein eines planwirtschaftlichen Vorgehens erwecken und daß sich hinter diesem Pseudosozialismus die allergrößte Planlosigkeit verbirgt. In der kapitalistischen Gesellschaft erfolgt die Regulierung des Wirtschaftslebens durch die Kräfte der Konkurrenz, und es ist in der gegenwärtigen Situation die Aufgabe der Wirtschaftspolitik, die Hemmnisse der freien Konkurrenz zu beseitigen, statt neue Hemmnisse zu schaffen.

Die Kartellabschließung ist daher so zu entwickeln, daß die freie Konkurrenz nicht ausgeschaltet werden kann.

Die jetzt beginnenden trübsinnigen Zusammenschlüsse in der Industrie stellen gegenüber dem bisherigen Kartellsystem einen wesentlichen Fortschritt dar. Gleichzeitige erfordert jedoch die Entschloßung so umfangreicher Wirtschaftsgebilde die allergrößte Aufmerksamkeit der Gesetzgebung. Konzeptionen auf dem Gebiete der Gesetzgebung und der Finanzverwaltung, die zur Erleichterung dieser Zusammenklüffe gewinnhaft

werden, sind, soweit sie sich als notwendig erweisen sollten, vor der Einräumung eines entsprechenden staatlichen Einflusses abhängig zu machen. Um die Kartelle, Trusts und sonstigen monopolartigen Gebilde einer wirksamen öffentlichen Kontrolle zu unterwerfen, ist die Schaffung eines Kartellamtes erforderlich, wie es etwa in den Vereinigten Staaten und Kanada besteht. Diesem Kartellamt ist ein weitgehendes Untersuchungsrecht einzuräumen und ihm die Verpflichtung zur regelmäßigen Berichterstattung an das Parlament aufzuerlegen. Erst durch die Schaffung eines solchen Kartellamtes können die in dem bestehenden Kartellamt liegenden Ansätze fruchtbar gemacht werden. Das Kartellamt ist auszugestalten mit dem Ziel, die in der Inflations- und Stabilisierungszeit eingerissenen Mißbräuche zu beseitigen. Solche Mißbräuche sind vor allem bei der Schaffung von Vorkontakten und Aktien mit mehrfachen Stimmrecht zu beobachten. Nur durch die Beseitigung dieser Mißbräuche kann das Sparkapital wieder zur bereitwilligen Beteiligung an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau ermutigt werden.

Im Rahmen des Rationalisierungsprogramms ist ferner die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über die tägliche Arbeitszeit zu fordern, sowie die

schnelle Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes unter Festlegung des achtstündigen Normalarbeitstages.

Eine baldige gesetzliche Regelung der Arbeitszeit ist vor allem auch deswegen erforderlich, weil während der Dauer der Krise die Arbeitskräfte der Arbeiterklasse nicht immer stark genug sind, um in allen Fällen die rationellste Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen zu erzwingen.

Bei der Ausschließung unrentabler Betriebe sind die Härten für die betroffene Arbeiterklasse nach Möglichkeit zu mildern. Insbesondere muß verhindert werden, daß Betriebsstillegungen nur zu dem Zweck vorgenommen werden, einen Druck auf die Löhne auszuüben. Die Demobilisierungsmassnahmen sind daher anzumessen, Stilllegungen vor Ablauf der Sperrfrist nur unter der Bedingung zu genehmigen, daß eine Wiederaufnahme des Betriebes nicht zu ungünstigeren Lohn- oder Arbeitsbedingungen erfolgt.

Die Handelspolitik ist sehr viel entscheidender als bisher in den Dienst der Rationalisierung des Wirtschaftslebens zu stellen. Die Forderung nach einer europäischen Zollunion wird so lange ein leeres Schlagwort bleiben, als

Das Rezept der Esel

D. Berlin, 19. Dezember. (Fig. Funkspruch.) Vor einigen Tagen wurde unter Hinweis auf eine Neuherausgabe der Zeitung, in den kommenden Tagen mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung zu regieren, u. a. auch auf die Wüste der Reichsregierung hingewiesen, den Belagerungsstand zu verhängen. Die amtlichen Stellen schieben diese Redungen anfänglich widerstandslos dements. Die politische Zeitung ist heute in der Lage, den Sinn dieses Dements in das richtige Licht zu stellen, indem sie schreibt: „Im Reichsministerium des Innern, das gegenwärtig vom Reichswehrminister verwaltet wird, haben tatsächliche Erwägungen über die Verbindung des Ausnahmezustandes im Falle aufstrebender Unruhen bestanden. Das Reichsministerium des Innern hat sich auf Anregung des Reichskommissars für öffentliche Ordnung, Oberst Bauer, deshalb mit den Landesregierungen in Verbindung gesetzt. Die preussische Regierung hat als die für Ruhe und Ordnung im größten Lande des Deutschen Reiches verantwortliche Instanz eine durchaus ablehnende Antwort erteilt. Das Reichsministerium des Innern hat darauf den Plan fallen lassen.“

Die Regierung täte besser, sich mit der Erwerbslosenfrage zu beschäftigen, um die Not zu lindern. Dann brauchte sie sich nicht auf den Ausnahmezustand einzurichten, mit dem bekanntlich jeder Esel regieren kann!

Gegen die nationallistische Mordhege

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat an den Reichsjustizminister folgendes Schreiben gerichtet:

„Die Ihnen bekannt ist, sind in der letzten Zeit Veröffentlichungen erschienen, die in unverhüllter Form zum Vorwurf an unsern Fraktionskollegen, dem Außenminister Dr. Stresemann, aufzuführen. So sei insbesondere an den Artikel erinnert, den Dr. Heinrich Kubur in Leipzig in der Nummer 1213 der vom „Deutschen Volkstrotz“ herausgegebenen Reichszeitung veröffentlicht hat. In der „Deutschen Landeszeitung“ wurde Stresemann mit einem Raubmörder verglichen. Die Beispiele dafür, wie gegen die Person des Außenministers gehandelt wird, liegen sich beliebig vermehren. Wenn letzten Endes irgendwelche unbesonnenen, unzeitigen jugendlichen Elemente der Bewegung Raum geben, zur Waffe greifen und Mord begehen, so wird diese Schuld auf die eigentlich Schuldigen aber gehen zu müssen.“

Es scheint uns hohe Zeit zu sein, daß von dem Reichsjustizministerium Maßnahmen ergriffen werden, die darauf abzielen, die

Verheerung, die unser Volk überhaupt nicht zur Ruhe kommen läßt, energig zu bekämpfen. Die sind durchaus der Ansicht, daß eine freimütige und auch scharfe sachliche Kritik das Recht jedes Staatsbürgers ist, bitten aber bringen, mit allen Ihnen geeignet erscheinenden Mitteln der maßlosen Agitation gewisser Kreise, die schließlich den politischen Vordruck zur Folge hat, entgegenzutreten.“

Steigende Erwerbslosigkeit

Zunahme um 41 t. S.

wtb. Berlin, 18. Dezember. In der Zeit vom 16. bis 30. November ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 473 000 auf 664 000, d. h. um rund 41 t. S. gestiegen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 432 000 auf 619 000, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 41 000 auf 59 000 erhöht. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Angehörigen von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 572 000 auf 819 500 gestiegen.

Die Parteigruppierung in Frankreich

P. Paris, 18. Dezember. (Fig. Draht.) Die innenpolitische Situation in Frankreich ist nach wie vor in höchstem Grade besorgniserregend. Doumer wird seine Sanierungspläne erst Montag in der Kammer entwerfen. Das Linkskartell hat zwar durch den Abmarsch der Gruppe Radikale Linke in das Lager der Rechten etwa 40 Stimmen verloren, dafür aber an innerer Konsolidierung und Homogenität gewonnen. Die zwischen den drei Linksparteien, den Sozialisten, den Radikalsocialisten und den Republikanischen Sozialisten, in den letzten Tagen geführten Verhandlungen haben zu einer weitgehenden Einigung geführt, und der von ihnen eingesehene gemeinsame Ausblick ist bereits mitten in der Ausarbeitung eines gemeinsamen Finanzprogramms. Dieses Programm soll in der Form eines Initiativ-Gesetzesentwurfes den amtierenden Projekten Doumers entgegengestellt werden. Die Linke ist zu jedem den Forderungen der Demokratie stützenden Kompromiß mit der Regierung bereit, die auf diese Weise die Möglichkeit erhält, sich wieder die Gefolgschaft des Kartells zu sichern. Im andern Falle ist eine neue Krise, die diesmal zum Rücktritt des Gesamtkabinetts führen müßte, unvermeidlich. Nachdem die Radikalsocialistische Partei nach vorübergehendem Börsen mit großer Entschiedenheit nach links gewandert, ist die Bildung einer „Konzentrationsmehrheit“, auf die die Rechte seit der Konstituierung des Kabinetts verhandelt, alle ihre Hoffnungen gesetzt hat, kaum mehr möglich. Diese würde im besten Fall, d. h. mit Einfluß der äußersten Rechten, über 240 Stimmen verfügen, denen die drei Gruppen des Kartells 280 Stimmen entgegenzusetzen haben würden.